



POLITIK / REDAKTION

Washington - innere Zerreißprobe ...

(SB) Ungeachtet aller stehenden Ovationen, die dem ehemaligen norwegischen Premierminister Jens Stoltenberg bei seinem Auftritt vor beiden Häusern des US-Kongresses am 3. April zuteil wurde, wächst in Washington der Widerstand gegen jenen kostspieligen Dauerkrieg, in den sich Amerikas Streitkräfte seit ... (S. 2)

POLITIK / KOMMENTAR

Wohnraum - die Unterkunft als Mangelware ...

(SB) - Wenn man den Bestand (bezahlbarer) Wohnungen jetzt nicht schützt, muss man für die Menschen, die aus ihnen vertrieben werden, noch zusätzlich neue Wohnungen bauen. Da würde man mit dem Neubau nie hinterher kommen. Neubau von bezahlbaren Wohnungen und der Schutz des Bestands sind ... (S. 4)

UMWELT / MEINUNGEN

Agrar - Hunger in spe ...

(SB) - Zum zweiten Mal in diesem Jahrzehnt reicht die weltweit produzierte Getreidemenge nicht, um den Verbrauch zu decken, berichtete die Presse unter Berufung auf den Internationalen Getreiderat (IGC) und die ... (S. 8)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Sea-Eye und die Lügen von Salvini

Nachricht aus der Redaktion Italien vom 6. April 2019

"Im Falle des Schiffes Alan Kurdi von Sea-Eye [1] sagt das italienische Innenministerium weiterhin die Unwahrheit, um Missbrauch und Verstöße zu vertuschen", klagt die italienische gemeinnützige Organisation Mediterranea Saving Humans auf ihrer Facebook Seite [2] an.

Aber der Reihe nach.

Das Innenministerium sagt, dass die schiffbrüchigen Personen unmittelbar vor der Küste Libyens gerettet wurden. Falsch. Die Rettung fand in internationalen Gewässern statt, also außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer.

Das Innenministerium sagt, dass die Alan Kurdi die Personen zurück nach Libyen hätte bringen sollen. Falsch. Damit wäre neben der Hamburger Konvention von 1979 auch gegen Artikel 33 der Genfer Konvention verstoßen worden. Libyen ist kein sicherer Hafen (vielleicht sollten wir das Innenministerium davon in Kenntnis setzen, dass es in Tripolis einen Krieg zwischen bewaffneten Milizen gibt).

Das Innenministerium sagt, dass sich Frauen und Kinder geweigert

hätten, von Bord zu gehen. Falsch. Sie weigerten sich, von ihren Familien getrennt zu werden. Der Versuch der Behörden, genau dies zu tun, ist ein schweres Vergehen, abgesehen davon, dass es menschenunwürdig ist.

Das Innenministerium sagt, Deutschland sei zuständig. Falsch. Das Gesetz ist klar: Der nächstgelegene sichere Hafen muss zugewiesen werden und zwar so schnell wie möglich. Man kann nicht über Menschen auf See verhandeln.

"Warum all diese Lügen voller Hass und Propaganda?" schließt der Post auf Facebook.

Wie die Agentur Dire [3] berichtet, hat Mediterranea Saving Humans während der nationalen Versammlung, die im Museum Macro Asilo in Rom stattfindet, angekündigt, dass es "eine dringende Beschwerde gegen die italienische Regierung bei der Staatsanwaltschaft in Agrigento eingereicht hat, um die schweren Verstöße gegen nationale Gesetze und internationale Übereinkommen im Falle der Blockade der vor Lampedusa liegenden Alan Kurdi, auf der sich Frauen,

Männer und Kinder befinden, überprüfen zu lassen. Die Beschwerde, der ausführliche Unterlagen beiliegen, wurde heute [6.4.19] Morgen von Cecilia Strada, Filippo Miraglia (Arci), Francesca Chiavacci (nationale Präsidentin Arci) und Sandro Mezzadra (Universität Bologna) unterzeichnet und von der Rechtsabteilung von Mediterranean Saving Humans bearbeitet."

Entschlossen, die vom Innenminister gewollte unmenschliche Trennung von Familien abzulehnen, steuert das Rettungsschiff Alan Kurdi inzwischen auf Malta zu.

"Salvini hat nicht nur die Schiffbrüchigen gedemütigt, sondern jeden und alles ausgenutzt, um den größtmöglichen Vorteil aus dieser Situation zu ziehen", so der Kommentar der deutschen NGO Sea Eye, die am vergangenen

Mittwoch 64 Migranten, der Großteil davon aus Nigeria, aus einem Schlauchboot in Schwierigkeiten vor der libyschen Küste bei Zuwara rettete.

Übersetzung aus dem Italienischen von Pressenza München

Link zur ausführlichen Pressemitteilung von Sea-Eye:
<https://sea-eye.org/italien-besteht-auf-trennung-von-familien/>

Link zum Artikel "Maso Notarianni: Alle können an Bord der Mediterranean Saving Humans kommen":
<https://www.pressenza.com/de/2018/12/maso-notarianni-alle-koennen-an-bord-der-mediterranea-saving-humans-kommen/>

Anmerkung:

[1] <https://www.facebook.com/seaeyeorg/>

[2] <https://www.facebook.com/MediterraneaRescue/>

[3] <http://www.dire.it/06-04-2019/318456-nave-alan-kurdi-mediterranea-annuncia-esposto-control-governo/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/fakten/eufg0165.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

POLITIK / REDAKTION / USA

Washington - innere Zerreißprobe ...

(SB) 8. April 2019 - Ungeachtet aller stehenden Ovationen, die dem ehemaligen norwegischen Premierminister Jens Stoltenberg bei seinem Auftritt vor beiden Häusern des US-Kongresses am 3. April zuteil wurde, wächst in Washington der Widerstand gegen jenen kostspieligen Dauerkrieg, in den sich Amerikas Streitkräfte seit 2001 vornehmlich unter dem Vorwand der "Terrorbekämpfung" in zahlreichen Ländern Asiens und Afrikas wie

Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und Somalia verstrickt haben. Auffällig bei der allerersten Rede eines NATO-Generalsekretärs vor versammeltem Repräsentantenhaus und Senat war, daß die Kongreßabgeordnete Tulsi Gabbard demonstrativ sitzen blieb und sich nicht an der Jubelorgie für den europäischen Verbündeten beteiligte.

Die 37jährige Kongreßabgeordnete aus Hawaii bewirbt sich um

die Nominierung zur demokratischen Kandidatin bei der Präsidentenwahl im kommenden Jahr und zwar als ausgesprochene Pazifistin. Gabbards wichtigste Wahlbotschaft ist ihr kategorisches Nein zum militärischen Interventionismus. Sie will alle US-Truppen aus Syrien abziehen und die Spannungen zu Rußland und China abbauen. Das durch eine Beendigung des Militarismus eingesparte Geld will sie in erneuerbare Energien investieren,

die marode Infrastruktur Amerikas einer Generalüberholung unterziehen sowie die kränkelnden Bildungs- und Gesundheitssysteme auf Vordermann bringen. Aufgrund der eigenen Erfahrung beim Militär - als Sanitäterin der Nationalgarde von Hawaii diente sie 2004 bis 2005 in einer Kampfzone im Irak und 2008 bis 2009 in Kuwait - genießt Gabbard in militärischen Belangen hohe Glaubwürdigkeit und wäre für Demokraten und Republikaner wählbar. Deshalb stand sie als mögliche US-Außenministerin zur Debatte, als zur Jahreswende 2016/2017 der frischgewählte Präsident Donald Trump sein Kabinett zusammenstellte, und wurde deshalb von dem New Yorker Baulöwen zu einem Bewerbungsgespräch in den Trump Tower eingeladen.

Aktuell sind die beiden Kriege, die in den USA für den meisten politischen Gesprächsstoff sorgen, die in Syrien und im Jemen. Zuletzt wollte Trump alle amerikanischen Streitkräfte aus Syrien angesichts der erfolgreichen Niederschlagung des Kalifats der "Terrormiliz" Islamischer Staat abziehen, wurde an diesem Vorhaben jedoch von den Globalstrategen im US-Sicherheitsapparat gehindert. Das Pentagon, die republikanische Mehrheit im Senat, Außenminister Mike Pompeo und der Nationale Sicherheitsberater John Bolton haben durchgesetzt, daß mehrere hundert US-Soldaten im Osten Syriens bleiben, um auf ein Wiedererstarken des IS reagieren, vor allem aber um "den Einfluß des Irans" zurückdrängen zu können. Durch die Besetzung dieser Region, in der die wichtigsten Ölfelder Syriens liegen, wollen die USA zudem Damaskus zu

Zugeständnissen zwingen und vielleicht doch noch den Rücktritt von Präsident Baschar Al Assad herbeiführen.

Im Jemen unterstützen die USA einerseits seit 2015 Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate im Kampf gegen die schiitischen Huthi-Rebellen, andererseits versucht die CIA dort seit 2002 mittels Drohnenangriffen Al Kaida auf der arabischen Halbinsel (AQAP) auszurotten, treibt ihr damit jedoch angesichts der zahlreichen Opfer unter der Zivilbevölkerung im Gegenteil Menschen zu. Seit Monaten gibt es deshalb im Washingtoner Kongreß eine Initiative, die US-Militärhilfe für den Krieg im Jemen einzustellen, ohne die Armeen Riads und Abu Dhabis dort ihre Segel streichen müßten. Eine entsprechende Resolution wurde im März vom Senat mit großer Mehrheit verabschiedet. Am 4. April hat das Repräsentantenhaus mit 247 zu 175 Stimmen bei einer Enthaltung für einen gleichlautenden Gesetzentwurf votiert. Leider steht zu befürchten, daß Trump in der Angelegenheit von seinem präsidentialen Veto Gebrauch machen wird, um die Saudis und Emirater weiterhin im Jemen gewähren zu lassen. Schließlich verdient die US-Rüstungsindustrie an dem Massenschlachten im Armenhaus Arabiens Dollarsummen in Milliardenhöhe.

Bereits am 3. April hat eine überparteiliche Koalition aus linken Demokraten und libertären Republikanern im Kongreß in einem offenem Brief Trump dazu aufgefordert, an seinem geplanten Abzug der US-Streitkräfte aus Syrien festzuhalten und ihn gegen allen Widerstand der Kriegslobby

durchzusetzen. Unterzeichnet wurde der Brief unter anderem von den Republikanern im Senat und Repräsentantenhaus Rand Paul aus Kentucky und Justin Amash aus Michigan sowie den Vertretern des neuen linken Flügels bei der demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus - Ilhan Omar aus Minnesota, Ro Khanna aus Kalifornien und Alexandria Ocasio-Cortez aus New York. In dem Brief argumentieren die Verfasser, daß die Entsendung amerikanischer Streitkräfte 2015 nach Syrien damals vom Kongreß nicht abgesegnet wurde und deshalb gegen die US-Verfassung sowie gegen die War Powers Resolution von 1973 verstößt.

Ilan Omar, seit Januar eine der beiden ersten Musliminnen im Kongreß, hat in den letzten Wochen durch offene Kritik am politischen Einfluß der zionistischen Lobby eine lebhafte Debatte um die einseitige Parteinahme der USA für Israel im Nahost-Konflikt mit den Palästinensern ausgelöst. Octavio-Cortez, mit 29 Jahren die jüngste Kongreßabgeordnete aller Zeiten, macht mit ihrem Eintreten für einen ökologischen Umbau der amerikanischen Wirtschaft ebenfalls von sich reden. Trump macht sich seit Tagen über Octavio Cortez' Entwurf eines "Green New Deal" lustig, tut die junge Latina als "die ehemalige Kellnerin" ab. Der Donald sollte den demokratischen "Sozialisten" vielleicht mehr Respekt entgegenbringen, denn bekanntlich kommt der Hochmut vor dem Fall.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/usa1412.html>

Wohnraum - die Unterkunft als Mangelware ...

Wenn man den Bestand (bezahlbarer) Wohnungen jetzt nicht schützt, muss man für die Menschen, die aus ihnen vertrieben werden, noch zusätzlich neue Wohnungen bauen. Da würde man mit dem Neubau nie hinterher kommen. Neubau von bezahlbaren Wohnungen und der Schutz des Bestands sind die zwei Standbeine einer sozialen Wohnungspolitik. Wer nur auf einem Bein steht, fällt auf die Nase.

Rouzbeh Taheri (Bündnis "Deutsche Wohnen und Co. enteignen") [1]

(SB) 8. April 2019 - Eigentum verpflichtet, argumentieren die Besitzenden, und verstehen darunter, aus Geld mehr Geld zu machen, wofür zwangsläufig jemand die Zeche bezahlen muß. Eigentum verpflichtet, fordern die Besitzlosen, und verlangen zumindest eine Form staatlicher Regulierung, die ihnen ein Leben unter halbwegs erträglichen Umständen ermöglicht. Artikel 15 des Grundgesetzes läßt unter Bedingungen die Überführung von Grund und Boden oder Produktionsmitteln in Gemeineigentum zu, wofür aber Entschädigungen zu zahlen sind. Bezeichnenderweise wurde dieser Artikel nach Angaben von Verfassungsrechtlern in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie angewendet, gilt es doch schon den Anfängen einer ernsthaften Kontroverse um die herrschende Eigentumsordnung zu wehren. Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware für Spekulanten, betont die neue Mietenbewegung, die sich in Berlin "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" auf ihre Fahnen geschrieben hat und mittels einer Vergesellschaftung bezahlbare Mieten für alle anstrebt.

Wenngleich die aktuelle Mietenbewegung natürlich ihre Vorgeschiede hat, da sie auf jahrzehn-

telange Kämpfe zahlreicher Initiativen um bezahlbaren Wohnraum und gegen Zwangsräumungen gründet, sorgt sie doch nicht nur angesichts ihrer gewachsenen Größe, sondern auch wegen ihrer Forderung nach Enteignung für ein Novum. Da sich die politischen Parteien der Frage weithin fehlenden Wohnraums vor allem in den großen Städten stellen müssen, wollen sie nicht Gesicht und Wählerstimmen verlieren, erzwingt die massenhafte Präsenz der Mietenbewegung auf der Straße und ihre Stoßrichtung eine sofortige Reaktion und eine kontroverse Diskussion um eine der sozialen Kernfragen, die derzeit die Menschen umtreiben.

Am Samstag haben Zehntausende Menschen deutschlandweit unter dem Motto "Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn" für bezahlbaren Wohnraum demonstriert. Veranstalter war das Bundesweite Bündnis #Mietenwahnsinn, das von mindestens 55.000 Demonstrierenden in 19 Städten sprach, darunter neben Berlin auch Köln, Dresden, Leipzig, Hannover, Göttingen, Bremen, Hamburg, Frankfurt, München und Stuttgart. Auch in Barcelona gingen mehrere tausend Menschen auf die Straße. In Berlin hatten rund

280 Initiativen zum gemeinsamen Protest aufgerufen, die Polizei sprach von weit über 10.000 Teilnehmenden, die Veranstalter von bis zu 40.000. [2]

In der Hauptstadt ist der Protest mit einem Volksbegehren des Bündnisses "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" verbunden. Die InitiatorInnen brauchen 20.000 Unterschriften, um die erste Hürde zu nehmen, wofür sie sechs Monate Zeit haben. Daß das erreicht wird, gilt als sicher. Setzt das Landesparlament die Inhalte des Begehrens nicht um, braucht die Initiative in einer zweiten Stufe die Unterschriften von mindestens sieben Prozent der Wahlberechtigten, also rund 170.000. Gelingt das, folgt ein Volksentscheid. Angestrebt wird die Enteignung privater Wohnungsunternehmen, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen. Allein der Firma Deutsche Wohnen gehören rund 160.000 Wohnungen im Bundesgebiet, davon rund 112.000 in Berlin. Das Land Berlin soll den betreffenden Unternehmen die Wohnungen zwangsweise abkaufen.

Den Konzern Deutsche Wohnen hat die Mietenbewegung nicht nur wegen seines umfangreichen Immobilienbesitzes, sondern

auch wegen seines Umgangs mit MieterInnen besonders aufs Korn genommen. Der Vorstand der Immobiliengesellschaft, Michael Zahn, kritisiert zwar "eine Politik, die immer über bezahlbares Wohnen spricht, aber noch nie gesagt hat, wie das aussehen soll". Dem hält jedoch Rouzbeh Taheri, ein Sprecher der Initiative, entgegen, die Deutsche Wohnen sei in den letzten Jahren wie ein Fremdkörper in die Stadt eingefallen und verfolge nur das Ziel, die Mieten in seinen Wohnungen nach oben zu treiben. Viele Berliner hätten mittlerweile negative Erfahrungen mit diesem Konzern gemacht oder von Freunden, Bekannten oder Verwandten erfahren, daß er ausschließlich im Interesse der Aktionäre, ohne Rücksicht auf Mieterinnen und Mieter agiere.

Vor dem Start des Volksbegehrens hatten Wirtschaftsverbände, Politiker und der Bund der Steuerzahler vor der Enteignung großer Wohnungsunternehmen gewarnt. Als ein Hauptargument führen sie an, daß dadurch kein neuer Wohnraum entstehen würde. Verschiedene Kapitalverbände sehen angesichts der Enteignungsdiskussion bereits "Zustände wie in der DDR" heraufziehen und erklären, Berlin drohe eine Herabstufung durch die Ratingagenturen. Wenngleich sich im rot-rot-grünen Senat der Regierende Bürgermeister Müller klar gegen Enteignungen ausgesprochen hat, ist es offenbar unsicher, ob er die Mehrheit seiner SPD hinter sich weiß. Die Linken befürworten das Volksbegehren, und Bausenatorin Katrin Lompscher nahm als Privatperson an der Demonstration teil. Das Anliegen komme aus

der Mitte der Berliner Stadtgesellschaft, und als große Anhängerin der direkten Demokratie werde sie sich deshalb nicht an die Spitze der Bewegung stellen. "Die Debatte rund um das Volksbegehren sehe ich jedoch als wichtigen Beitrag zum Umgang mit der Wohnungsfrage als eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit."

Die Berliner Grünen wollen sich in der Enteignungsdebatte noch Zeit für eine Position lassen. So sagte Landeschefin Nina Stahr auf dem Landesparteitag, daß das Thema zu komplex sei, als daß es eine einfache Antwort geben könnte. Harsche Kritik übte die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus an Demonstration und Volksbegehren. "Diese Mieten-Demo setzt die falschen Signale und spielt bewusst mit den Ängsten der Menschen dieser Stadt", sagte der Fraktionsvorsitzende Sebastian Czaja. Wirkungsvoller wäre ein Aufschrei für eine Neubauoffensive und mehr genossenschaftliches Wohnen in Berlin. Die Initiatoren des Volksbegehrens förderten aber weitere Verknappung von Wohnraum und die Ausgrenzung von Menschen. "Wer klaut statt baut, gefährdet die Zukunft unserer Stadt und den sozialen Frieden", so Czaja. [3]

Die grassierende Wohnungsnot bis tief in die Mittelschichten hinein setzt die Bundesregierung unter Zugzwang, und so streicht sie denn auch allenthalben heraus, wie viel sie bereits auf den Weg gebracht habe. Die Große Koalition will den Bau von Mietwohnungen ankurbeln und hat dafür neue Abschreibungsmöglichkeiten geschaffen. Die

Förderung von Sozialwohnungen läuft mit zwei Milliarden Euro im Jahr weiter auf hohem Niveau. Die Mietpreisbremse wurde verschärft, Mieterhöhungen bei Modernisierung wurden gedeckelt. Allerdings fehlt es an Bauland, das die Kommunen zur Verfügung stellen müßten. Die Zahl der neu gebauten Wohnungen ist in Deutschland von 160.000 im Jahr 2010 auf rund 300.000 im vergangenen Jahr gestiegen, doch gehen Experten davon aus, daß eine Senkung der Mieten zumindest in beliebten Großstädten in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei.

Auch Bundesbauminister Horst Seehofer nennt die Wohnungsfrage "die soziale Frage unserer Zeit". Die Bundesregierung habe seit März 2018 mit zahlreichen Maßnahmen gegengesteuert. "Trotz einer beachtlichen Steigerung der Bautätigkeit bleibt die Wohnungsmarktsituation in den wirtschaftsstarken Regionen deutlich angespannt", muß Seehofer jedoch einräumen. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt übt scharfe Kritik am Volksbegehren: "Wohnen ist die neue soziale Frage, die kann man aber nicht sozialistisch beantworten." [4] "Steinzeitkommunismus" höhnt Alice Weidel aus dem Lager der AfD. Ähnlich zieht FDP-Chef Lindner vom Leder: "Gegen steigende Mieten helfen nur mehr Wohnungen und nicht DDR-Ideen." Das Konzept sei kontraproduktiv, weil es private Investitionen in Wohnungen verschrecke und die Eigentumsgarantie der Verfassung beschädige. Die FDP macht sich sogar dafür stark, Artikel 15 des Grundgesetzes zu streichen.

Auch die SPD will keine Wohnungsgesellschaften enteignen, um gegen steigende Mieten vorzugehen. Die Bundesvorsitzende Andrea Nahles äußert zwar Verständnis für "die Wut auf Wohnungskonzerne, die jeden Cent aus den Mietern rauspressen wollen". Aber Enteignungen dauerten Jahre und schafften keine einzige Wohnung. Die für Entschädigungen fälligen Milliardenzahlungen des Staates fehlten für den dringend benötigten Neubau durch öffentliche Wohnungsgesellschaften. Statt Enteignungen wolle die SPD einen "Mietenstopp und das verfügbare Geld in bezahlbaren Wohnraum investieren, damit mehr Wohnungen entstehen".

Dem entgegnet die Linken-Vorsitzende Katja Kipping, sie wünsche sich mehr Mut von Andrea Nahles und der SPD. "Enteignungen von vornherein auszuschließen, obwohl sie das Grundgesetz erlaubt, ist das falsche Zeichen." Die Mitte werde jeden Monat durch explodierende Mieten enteignet. "Deshalb brauchen wir die Sozialisierung der Wohnungskonzerne", fordert Kipping. "Wir müssen das Problem an der Wurzel lösen. Eine Regierungsalternative links der Union kann nicht bei der Verwaltung der Missstände stehen bleiben." [5]

Der Vorsitzende der Grünen, Robert Habeck, kann sich unter bestimmten Bedingungen die Enteignung großer Wohnungskonzerne vorstellen. Zeigten andere Maßnahmen keinen Erfolg, um für ausreichend günstigen Wohnraum zu sorgen, müsse notfalls die Enteignung folgen. Das Grundgesetz sehe solche Enteignungen zugunsten des Allge-

meinwohls grundsätzlich vor. "Es wäre doch absurd, wenn wir das nur anwenden, um neue Autobahnen zu bauen, aber nicht, um gegen die grassierende Wohnungsnot vorzugehen." Zunächst einmal solle Bundesfinanzminister Olaf Scholz aber die Bundesimmobiliengesellschaft anweisen, ihre Grundstücke nicht meistbietend zu verkaufen, sondern an die Kommunen abzugeben, wenn diese darauf Sozialwohnungen bauten. Zudem sprach sich Habeck für Maßnahmen gegen Bodenspekulanten aus.

Des Einwands, Enteignungen schafften keine neuen Wohnungen, sind sich die InitiatorInnen des Volksbegehrens bewußt. Man erwarte nicht, daß bei der Aktion neuer Wohnraum entsteht, so Rouzbeh Taheri, sondern wolle ein Zeichen der Gegenmacht zur Spekulation mit Wohnraum setzen. Ziel sei es, den Bestand von bezahlbaren Wohnungen zu schützen. Unterlasse man das, müsse man für die Menschen, die aus ihren Wohnungen vertrieben werden, noch zusätzlich neue Wohnungen bauen. Neubau von bezahlbaren Wohnungen und der Schutz des Bestands seien die zwei Standbeine einer sozialen Wohnungspolitik. "Wer nur auf einem Bein steht, fällt auf die Nase." Die Diskussion in Berlin habe sich komplett verschoben, hin zu den Interessen der Mieterinnen und Mieter. Die Parteien versuchten, sich gegenseitig mit Vorschlägen zu überbieten, wie man Mieten regulieren kann, und das sei schon für sich genommen ein Erfolg.

Ob die Ausrichtung der Initiative auf einen langwierigen Volksent-

scheid produktiv ist, gilt in der Berliner Mietergemeinschaft als umstritten. Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum für alle griffe jedoch zu kurz, blendete er die Eigentumsfrage aus. Diese zu stellen und damit eine öffentliche Diskussion anzustoßen, zeichnet die Initiative "Deutsche Wohnen und Co. enteignen" aus. Wie sehr allein schon ein solcher Vorstoß am Eingemachten der Klassengesellschaft rührt, dokumentieren die wütenden Reaktionen aus Kreisen der Immobilienwirtschaft und kapitalfreundlichen Politik.

Anmerkungen:

[1] www.heise.de/tp/features/Deutschland-Proteste-gegen-den-Mietwahnsinn-4365408.html

[2] www.focus.de/politik/deutschland/bundesweite-proteste-warum-beim-streit-um-enteignungen-gegner-und-befuerworter-das-grundgesetz-bemuehen_id_10559963.html

[3] www.morgenpost.de/berlin/article216849573/Mietenwahnsinn-Demo-in-Berlin-35-000-Menschen-machen-ihrer-Wut-Luft.html

[4] www.zeit.de/politik/deutschland/2019-04/immobilien-enteignung-wohnungskonzerne-robert-habeck-die-gruenen

[5] www.welt.de/politik/deutschland/article191485329/Steigende-Mieten-Kipping-wuenscht-sich-bei-Enteignungen-mehr-Mut-von-der-SPD.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1188.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

USA

Die Gemeinsamkeiten von Orchideen und Migrantinnen vom Land

(Los Angeles, 25. März 2019, UNAM) - Es gibt viele Vorurteile in der Welt. Eines, das großen Schaden anrichtet, ist der Blick auf Migrantinnen aus dem mexikanischen ländlichen Raum, die auf der Suche nach einem besseren Leben in die Vereinigten Staaten kommen. Diese Frauen werden oft als unqualifizierte Arbeitskräfte angesehen. Aufgrund ihrer unsicheren Rechtslage werden sie zum Ziel von Lohndumping, starren Arbeitsbedingungen und sind gar nicht oder nur unzureichend sozial abgesichert. Die Einwanderinnen müssen sich um sich selbst kümmern, aber auch um ihre Ehemänner, ihre Kinder, ihre Eltern, ... In diesem Kontext müssen die geleisteten Integrationsanstrengungen sowie die Beiträge, die sie zur US-amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft leisten, Wertschätzung erfahren.

Um diese Situation zu thematisieren, hat die Agrarsoziologin Rosalinda Martínez Cruz am 12. März eine Konferenz an der California State University in Northridge organisiert; einer Institution, die mit dem US-Ableger der mexikanischen Universität UNAM in Los Angeles zusammenarbeitet. Die Soziologin Martínez Cruz stellte auf der Konferenz eine Analogie hin-

sichtlich des Verhaltens und spezifischer Handlungen der Migrantinnen und der Familie der Orchideen, wie Lilien oder Vanille, her. Ihre These besagt, dass beide Gruppen Lebensstrukturen aufbauen, auch wenn sie auf Hindernisse, wie Umpflanzung/Ortswechsel treffen. Beide behalten ihre Wurzeln (...) und optimieren ihre Ressourcen in schweren Krisenzeiten.

Das Publikum, das sich hauptsächlich aus sozialen Aktivist*innen zusammensetzte, zeigte großes Interesse und teilte seine eigenen Erfahrungen als Menschen, die ihr Land auf der Suche nach einem besseren Leben verlassen haben. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, ländliche Migrantinnen aus der Einsamkeit, Beklemmung und sozialer Ungleichheit zu befreien.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/allgemein/die-gemeinsamkeiten-von-orchideen-und-migrantinnen-vom-land/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra784.html>

Kooperationspartner



poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

UMWELT / MEINUNGEN

Agrar - Hunger in spe ...

(SB) 8. April 2019 - Zum zweiten Mal in diesem Jahrzehnt reicht die weltweit produzierte Getreidemenge nicht, um den Verbrauch zu decken, berichtete die Presse unter Berufung auf den Internationalen Getreiderat (IGC) und die UN-Welternährungsorganisation (FAO). Der Mangel von fast 30 Mio. Tonnen Getreide könne aber aufgrund der Lagerbestände gut ausgeglichen werden. Es drohten keine Hungersnöte, so die "Welt". [1]

Mit dieser Aussage wird auf brutale Art vor Augen geführt, wie weitreichend die akuten Hungersnöte in der Welt von dem wohlhabenderen Teil der Menschheit ignoriert werden. Nach UN-Angaben haben 842 Mio. Menschen nicht genügend zu essen; jährlich verhungern zwischen 10 und 30 Mio. Menschen. Mindestens eine weitere Milliarde ist unterernährt. Das alles taucht in der aktuellen Berichterstattung gar nicht erst auf.

Bereits in zwei Agrarjahren wurde mehr Getreide verbraucht als produziert. 2012/13, als die Landwirtschaft der USA von einer Dürre heimgesucht wurde, und in diesem Agrarjahr in der EU und Rußland (2018/19). Ein Agrarjahr erstreckt sich von einer Ernte bis zur nächsten. In diesem Jahr ist die Lage besonders prekär, da der Mangel beim Weizen auftritt, einem Nahrungsmittel, und nicht etwa bei Mais, der meist zu Treibstoff oder Futtermittel verarbeitet und

kaum vom Menschen verzehrt wird. Nach dem Rückgang von sechs Prozent der Weizenernte gegenüber dem Vorjahr ziehen die Weizen- und Brotpreise hierzulande bereits spürbar an. Die offiziellen Zahlen zeigen, wie bedrohlich eng die Welternährungslage ist.

Der in London ansässige Internationale Getreiderat, ein Zusammenschluß der wichtigsten Getreideproduktionsländer, rechnet damit, daß in diesem Agrarjahr 44 Mio. Tonnen und im kommenden weitere 28 Mio. Tonnen aus den weltweiten Getreidespeichern und -lagern entnommen werden müssen, um den Bedarf zu decken.

Das Gesamtvolumen der Getreidelager weltweit wird mit 156 Mio. Tonnen angegeben. [2] Das erscheint zunächst sehr viel in Anbetracht des Mangels. Also alles kein Problem? Vergleicht man diese Reserve für den Notfall mit der Weltgetreideproduktion von knapp 2,66 Mrd. Tonnen, zeigt sich allerdings, daß die Menschheit kaum Spielraum hat. Es können keine großen Lager aufgebaut werden, denn selbst in guten Jahren wird fast das gesamte Getreide verbraucht. In diesem und im kommenden Agrarjahr geht es massiv an die Reserve. Wie lange noch?

Unter Berufung auf einen dpa-Bericht zitiert die "Welt" Klaus-Josef Lutz, Vorstand des Münchner Unternehmens Bay-

wa, des größten Händlers von Agrar-Rohstoffen in Europa, mit den Worten, daß 2018 kein Ausreißer war und "klimatische Kapriolen" ihnen bereits in den letzten vier Jahren das Geschäft erschwert haben.

Sollten weitere Jahre klimabedingter Mißernten folgen, zeitgleich aber die Weltbevölkerung wachsen und darüber hinaus ein erheblicher Teil des Getreides unverdrossen entweder an Tiere verfüttert werden, die dann als Fleisch auf dem Teller landen, oder zu Biotreibstoff destilliert bzw. raffiniert werden, könnte der absolute Nahrungsmangel auch in den bisher privilegierten Weltregionen Einzug halten. Dann bekämen die Menschen hierzulande zu spüren, wie es sich anfühlt, im Globalen Süden geboren worden zu sein und mit Waffengewalt an einer Flucht aus jenen Regionen der Nahrungsnot in die nicht allein klimatisch privilegierteren Regionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika gehindert zu werden.

Die hiesige Berichterstattung über die Zahlen des IGC und der FAO beziehen sich von vornherein und ausschließlich auf den wohlhabenderen Teil der Menschheit, nicht auf die Hungerleider in den Ländern des Globalen Südens. Durch die klimatischen Folgen der globalen Erwärmung wird die Nahrungsnot in der Welt weiter verschärft. Das Vertrauen darauf, daß dann

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

irgendeine Instanz, ob seitens Politik, Wirtschaft oder global-administrativer Einrichtungen der Vereinten Nationen, schon dafür sorgen wird, daß stets ausreichend Essen vorhanden ist, könnte sich als fatale Fehleinschätzung erweisen. Denn genau diese "Hoffnungsträger" sind es doch, die heute schon akuten Hunger und chronische Unterernährung von rund zwei Milliarden Menschen verwalten.

Es ist kein Anhaltspunkt dafür erkennbar, daß damit eine natürliche Grenze erreicht ist und die Zahl nicht noch höher auf drei, vier oder fünf Milliarden steigen könnte. Denn wer bereit ist, Getreidelager anzulegen, als Eigentum auszuweisen und mit allen Mitteln staatlicher Gewalt zu verteidigen, während gleichzeitig Menschen verhungern, dem sollte man nicht einen Moment lang glauben, daß keine Hungersnöte drohen, auch wenn wieder einmal, in einem Abstand von nur sechs Jahren, weltweit mehr Getreide verbraucht als erzeugt wird.

Anmerkungen:

[1] https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article191469475/Weltweite-Getreideernte-deckt-Verbrauch-nicht.html

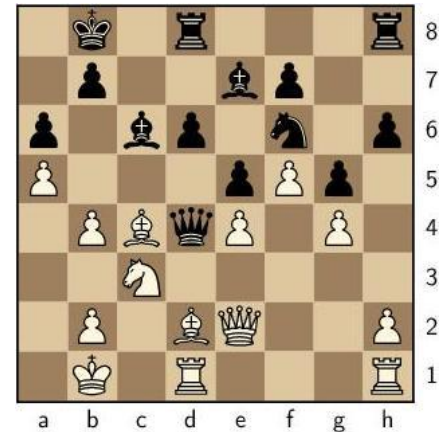
[2] https://www.proplanta.de/Agrar-Nachrichten/Pflanze/IGC-rechnet-fuer-2019-20-mit-groesserer-Weltgetreideernte_artic-le1553852829.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-293.html>

(SB) - Die schlechter stehende Seite ist zumeist heilfroh und seufzt erleichtert auf, wenn es ihr gelingt, auch unter Figurenopfer einen Freibauern kurz vor das Umwandlungsfeld zu bringen. Die Gefahr einer neuen Dame erzwingt nicht selten ein Remis. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte der Kieler Wockenfuß einen Läufer ins Geschäft gesteckt für den a2-Bauern, und Wockenfuß lehnte sich nun auch zufrieden zurück in der felsenfesten Erwartung, daß die Partie nun nach 1.Td8-d7+ Ke7- f8 2.Td7-d8+ Kf8-e7 3.Td8-d7+ ins remisliche Dauerschach einmünden müßte. Doch der schwedische Internationale Meister Schüssler konnte und wollte sich unter keinen Umständen mit einem Unentschieden abfinden. Stolz drängten seine Zentrumsbauern nach vorne. Schüssler warf einen längeren gedankenvollen Blick auf die Stellung und sann über die schicksalhafte Frage Remis oder Nichtremis nach? Von edlem Blut ist ein Remis, doch hinter allem Hoffen und Träumen, hinter allem Gespinnst der Welt sind noch andere Mächte am Werke, Wanderer.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06891.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:
http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

Remis oder Nichtremis?

Schüssler - Wockenfuß
Kiel 1979

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Weiß klärte die strittige Frage zu seinen Gunsten und spielte 1.Ld2xg5!, denn er hatte intuitiv erfaßt, daß er nach 1...Lc6xe4+ 2.Sc3xe4 Dd4xe4+ 3.De2xe4 Sf6xe4 4.Lg5xe7 Td8-c8 5.Lc4-d5 Se4-f2 6.Le7xd6+ Kb8-a8 7.b4-b5! einen starken Angriff erhalten würde. Erst nach dem Läuferzug 1.Ld2xg5! erkannte auch Schwarz die tödliche Gefahr und gab daher die Dame, zu retten war seine Stellung jedoch nicht mehr: 1...h6xg5 2.Td1xd4 e5xd4 3.Sc3-d5 Td8-e8 4.b4-b5! Lc6xd5 5.Lc4xd5 Sf6xd5 - 5...Le7-d8 6.b5xa6 Sf6xd5 7.De2-b5! - 6.e4xd5 Le7-f6 7.De2-c4 Te8-c8 8.Dc4-b4 Lf6-e5 9.b5xa6 Tc8-c7 10.Th1-c1 Th8-c8 - 10...Tc7xc1+ 11.Kb1xc1 Th8-c8+ 12.Kc1-d2 Tc8-c7 13.f5-f6! - 11.Tc1-c6 d4-d3 12.a6xb7 Tc7xb7 13.Tc6-b6 Tb7xb6 14.Db4xb6+ Kb8-a8 15.Db6-a6+ Ka8-b8 16.Da6xd3 und Schwarz gab das hoffnungslose Spiel auf.

- 1 EUROPOOL - FAKTEN: Sea-Eye und die Lügen von Salvini (Pressenza)
- 2 POLITIK - REDAKTION: Washington - innere Zerreißprobe ...
- 4 POLITIK - KOMMENTAR: Wohnraum - die Unterkunft als Mangelware ...
- 7 POLITIK - SOZIALES: USA - Die Gemeinsamkeiten von Orchideen und Migrantinnen vom Land (poonal)
- 8 UMWELT - MEINUNGEN: Agrar - Hunger in spe ...
- 9 SCHACH-SPHINX: Remis oder Nichtremis?
- 10 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 9. April 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. April 2019

+++ Vorhersage für den 09.04.2019 bis zum 10.04.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Kühl, aber hell,
mit Windesfrischen
treibt's Jean-Luc schnell
'rein zu den Fischen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.